

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion: Pulsnitz, Pulsnitzer Tagblatt, Pulsnitz
Bezirksanzeiger

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsvorrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Reizzeile (Moffe's Zeilenmessaer 14) RM 0,25; in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,30. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einstellung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Redaktionsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großböhndorf, Bretznitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förfers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 117

Freitag, den 20. Mai 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäsche- und Textilwarenhändlers **Karl Hermann Willy Junkers in Pulsnitz**, Kurze Gasse Nr. 6, soll das Warenlager des Gemeinschuldners im ganzen veräußert werden. Zur Beschlußfassung hierüber wird eine Gläubigerversammlung einberufen.

Hierzu und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen wird Termin auf **den 23. Mai 1927, vormittags 11 Uhr** vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 20. Mai 1927.

Auf Blatt 392 des Handelsregisters, die Firma **Max Wegig in Pulsnitz** betr., ist heute eingetragen worden:
Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 16. Mai 1927.

Sonabend, den 21. Mai 1927, vormittags 9 Uhr sollen in „Naumanns Gasthof“ in Weißbach, zwangsweise gegen Barzahlung **3 Bücher (Bilz), 1 Gramophon mit 35 Platten** meistbietend öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz

Das Wichtigste

Die Zerstückelungsarbeiten an den deutschen Ostbefestigungen sind beendet. Der Reichshofrat hat eine Kohlenpreiserhöhung abgelehnt. Das neue österreichische Kabinett ist vom Nationalrat bestätigt worden. Im Reichstag wurde das Bündnisgesetz angenommen. Bei einem Wagenzusammenstoß in Frankfurt wurden zwei Menschen sofort getötet.

Wie die Wossische Zeitung aus Prag meldet, wollte Staatssekretär von Schubert, der seinen Urlaub in Marienbad verbringt, einen Tag in Prag und hatte mit Außenminister Dr. Benesch eine längere Unterredung.

Wie die Berliner Morgenblätter aus Hankau melden, haben die chinesischen Banken ihre Geschäfte geschlossen. Als Grund wird die fortlaufende Inflation angegeben, die die Geschäfte in Hankau in unzumutbarer Weise unrentabel macht. Die Hankau-Regierung gerät in eine kritische wirtschaftliche Lage.

In der Nacht zum Donnerstag brach in der großen Schiffsfabrik Veit und Schmidt in Zweibrücken ein Feuer aus. Der Brand wurde erst bemerkt, als bereits sämtliche Fabriklager ein Raub der Flammen geworden waren. Die Ursache des Brandes ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Wie die Berliner Morgenblätter aus Schanghai melden, ist General Tchangkai-schei gestern aus Schanghai plötzlich wieder nach Nanking zurückgekehrt, ohne auf die Ankunft des britischen Gesandten zu warten. Seine Anwesenheit in Nanking hat sich als nötig herausgestellt wegen des Bombardements der Forts von Woo Sing durch die Kriegsschiffe der Nordsee.

Landflucht.

Von Dr. Eugen Stieda.

Schon immer war es ein überaus trauriges Kapitel in dem Geschichte eines Volkes, wenn ein Teil von ihm in angestammten Lande sich nicht erziehen und erhalten konnte und in die Fremde auswandern mußte.

Freilich, zu einer Zeit, als die Welt noch nicht verteilt und in Staaten ausgegliedert war, als es noch galt, reiche und fruchtbare, ganz unrichtig von primitiven Volksstämmen besiedelte Gebiete zu erobern und zu erschließen, da zogen vielfach die Besten gerade der lebensfähigen und starken Nationen als Vorkämpfer und Eroberer in fremde Lande, gründeten Kolonien und erweiterten den Machtbereich, das Ansehen und den Wirtschaftsraum ihres Volkes. Die Staatlichkeit der ganzen neuen Welt ist auf diesem Wege entstanden.

Späterhin, als eine so begründete Wanderungsbewegung nicht mehr in Frage kam — obgleich die Bevölkerung auf der Welt, wie auch heute noch, sehr ungleich verteilt ist — waren es besondere, vorwiegend wirtschaftliche Ereignisse, die große Massen von Menschen über die Grenzen ihrer Staaten hinaus in Bewegung setzten. Schnellen Reichtum versprechende Edelmetalle oder Diamantfundus, aufgedeckte, gewaltige Öl- oder Kohlevorkommen oder schließlich besondere, bewußt die Zuwanderung fördernde gesetzgeberische Akte einzelner Staaten zum Zwecke der landwirtschaftlichen oder gewerblichen Erschließung und Kultivierung zurückgebliebener Teilgebiete.

Die Aufnahmefähigkeit der wichtigsten Einwanderungskänder, wie vor allen der Vereinigten Staaten sowie der südamerikanischen Republiken, ist aber im Laufe der letzten Jahrzehnte allmählich erheblich geringer geworden und, insbesondere nach dem Weltkrieg, haben fast sämtliche in Frage kommenden Staaten zugleich mit gewaltigen Schutzzöllen auch feste Mauern gegen unerwünschte Einwanderung errichtet und diese zum mindesten zahlenmäßig reguliert.

Von allen europäischen Völkern sind wir, unserer Kolonien beraubten, Deutschen hiervon am meisten betroffen. Denn es ist und bleibt eine erschütternde Tatsache, daß, ungeachtet des bei uns herrschenden starken Geburtenrückganges, ein erheblicher Teil unseres Volkes in Auswanderung des sogenannten Friedens von Verfallens im eigenen Lande nicht oder nur in ungenügendem Maße Beruf und Erwerb, Nahrung und Wohnung finden kann. Ungeachtet der Notlage des Deutschen Reiches, in welcher — natürlicher- und gewohnter Weise — jeder Deutsche die Möglichkeit haben sollte und müßte, mit Hand anzulegen am Wiederaufbau des Vater-

Die Zerstörung der Ostbefestigungen beendet

Eine Kontrollkommission erübrigt sich

Einigung mit den Russen in Genf — Die Arcosdebatte im Unterhaus verschoben

In allererster Zeit wird die während der Londoner Verhandlungen des französischen Außenministers unterbrochene Frage ihrer nochmaligen Kontrolle der Zerstörungen an Unterständen der deutschen Ostbefestigungen wieder erörtert werden. Wie aus Königsberg gemeldet wird, sind 88 Unterstände der Festung Königsberg gesprengt. Die Zerstörungen in Königsberg sind damit beendet. Die Zerstörungen in Küstrin und Logau waren schon vor einigen Wochen abgeschlossen. General von Pawelcz, der diese letzten Zerstörungen geleitet hat, wird nunmehr dem Reichskabinett einen Bericht erstatten. Das Kabinett wird dann die Frage zu prüfen haben, in welcher Form die endgültige Vollendung der Abrüstungsmaßnahmen den Mächten der Vorkonferenz mitgeteilt werden soll.

Bevor in Paris die Frage einer neuen Kontrolle von Briand zur Erörterung gestellt würde, beabsichtigt das Kabinett, einfach einen schriftlichen Bericht den Berliner Vorkonferenzpartnern der in Betracht kommenden Mächte zugehen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett an dieser Ansicht festhält. Der angeblich erörterte Kompromissvorschlag einer Kontrolle der Zerstörungen durch neutrale militärische Stellen würde den Genfer Vereinbarungen vom Dezember vorigen Jahres widersprechen. Das Kabinett hat nur die Aufgabe, die Beendigung der Abrüstung mitzuteilen, nicht aber etwa die Verpflichtung, eine Kontrolle in irgendeiner Form zuzulassen. Gleichzeitig wird das Kabinett den Mächten auch noch mitteilen, daß in allererster Zeit im Reichstag das Gesetz über die Ausfuhr von Kriegsmaterial zur Beratung kommt.

Erörterung der Rheinlandfrage in London.

Keine Zugeständnisse Englands?

Paris. Die Londoner Unterhaltung der beiden alliierten Außenminister hat in der Pariser Presse zu mancherlei Vermutungen Anlaß gegeben. Der „Matin“-Berichterstatter versichert, daß in der Hauptsache von der Herabsetzung der Besatzungsstreitkräfte gesprochen worden sei, die Deutschland als Luftzug zu der gänzlichen Räumung dringend fordere. Das Blatt schreibt:

Landes für unsere politische, soziale und wirtschaftliche Wiederaufbauung, müssen wir sinnlosweise jährlich einen wertvollen Teil unserer Volkskraft dem Auslande abgeben.

Die Auswanderung aus Deutschland ist gegenüber der Vorkriegszeit sehr erheblich gestiegen. Während sie in den Jahren 1901—1913 durchschnittlich jährlich rund 25 000 betrug (in den Jahren 1911—1913 sogar nur 22 000) und während des Krieges so gut wie ausgefallen hatte, nahm sie seit 1919 in steigendem Maße zu: 1923 verließen fast 120 000 Deutsche ihre Heimat. Und wenn diese Höhe in den letzten Jahren auch nicht mehr erreicht wurde, so gab es 1926 immer noch 65 280 Auswanderer, darunter drei Viertel berufstätige Männer und Frauen im besten Alter, und nur ein Viertel mitreisende Familienangehörige. Den größten Anteil an diesen Auswanderern, rund 40 v. H., stellte die Industrie, dann je 20 die Landwirtschaft und die Handel und Verkehr umfassender Berufs. Die übrigen 20 v. H. Auswanderer hatten bisher freie Berufe ausgeübt, häusliche Dienste versehen oder waren erwerbstätig ohne feste Stellung. Rund 30 000 aller Auswanderer stammten aus Preußen, rund 9 000 aus Bayern und je 4 500 aus Sachsen und Württemberg.

Die Hauptmasse der deutschen Auswanderer ging, wie schon immer der Fall war, nach Amerika (62 660), davon über

„Anscheinend ist auch Sir Austen Chamberlain der Ansicht, daß hinsichtlich der Rheinlandbesetzung keine Zugeständnisse gemacht werden können, bis die deutsche Regierung nicht alle Bedingungen erfüllt hat, die ihr auferlegt worden sind und bis nicht deren Durchführung gebührend festgestellt worden ist.“

Der Sonderkorrespondent des „Echo de Paris“ meint, es finde in London starke Beachtung, daß diesmal weder auf den Geist von Locarno, noch auf den von Genf irgendeine Anspielung gemacht worden sei.

Einigung mit den Russen in Genf

Berlin, 20. Mai. Wie das V. T. aus Genf meldet, nahm an den privaten Besprechungen über den russischen Antrag auch der Vorsitzende der Konferenz, Theunis, teil. Wie verlautet, hat man sich auf eine Formel geeinigt, die es den sowjetrussischen Vertretern ermöglicht, sich gegebenenfalls der Stimme zu enthalten, wenn sie vom Standpunkt ihres Wirtschaftssystems eine Resolution nicht glauben vertreten zu können. Auf dieser Basis hofft man, mit den Sowjetdelegierten zu einer Einigung zu gelangen.

Die Arcos-Debatte im Unterhaus erneut verschoben — Kabinettsitzung in London

London, 19. Mai. In Erwartung des englischen Innenministers über die Durchsichtung bei der Arcos war das Unterhaus heute bis auf den letzten Platz gefüllt. Zur allgemeinen Überraschung erklärte der Minister jedoch, daß das Ergebnis der Durchsichtung es der Regierung noch nicht möglich gemacht habe, ihre Untersuchung abzuschließen oder die hieraus entstehenden Folgen zu bestimmen. Er bitte daher das Haus, die angekündigte Erklärung am kommenden Dienstag entgegen zu nehmen. Am Donnerstag soll dann die Aussprache über die Arcosaffäre stattfinden. — Vorher hatte eine Kabinettsitzung stattgefunden, die sich im wesentlichen mit der Außenpolitik und der Unterhauserklärung des Innenministers befaßte. Wie verlautet, wird die englische Regierung die Protestnote der Sowjetregierung mit einer scharf gehaltenen Note beantworten.

51 000 allein in die Vereinigten Staaten. Der Rest verteilt sich fast nur auf Argentinien, Brasilien, die übrigen südamerikanischen Republiken, Kanada, Mittelamerika und Afrika.

Was für eine Fülle von Not und Zwang hinter diesen Auswanderungszahlen steckt, kann man nur ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie ungeachtet der großen Erschwerung der Einwanderung seitens der Aufnahmestaaten, die früher dem Wanderungsstrom offenstanden, erreicht wurden. Dazu kommt, daß die Stellung der Deutschen in der Welt unendlich viel schlechter als früher geworden ist. Die meisten Auswanderer haben in den fremden Ländern schlimme Erfahrungen durchzumachen und große Enttäuschungen zu erleben. Die Folgen der Propaganda der Entente bestehen fast überall noch, und die Konkurrenz der Auswanderer aus asiatischen und slavischen Rassen wächst fortwährend. Die große Zahl der jährlichen Rückwanderer, die in der Regel aller Mittel entblößt und sozial und gesundheitlich ruiniert zurückfluten, beweist die schwierige Lage der Auswanderer in der Fremde.

Unter allen diesen Umständen ist eine Auswanderung für Deutschland sowohl aus vaterländischen als auch persönlichen Gründen nicht zu empfehlen. Jedermann sollte

